

Antrag

der Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen), Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Ralf Brauksiepe, Albrecht Feibel, Hartwig Fischer (Göttingen), Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Bernhard Kaster, Rudolf Kraus, Conny Mayer (Baiersbronn), Claudia Nolte, Sibylle Pfeiffer, Christa Reichard (Dresden), Rainer Eppelmann, Norbert Geis, Dr. Egon Jüttner, Jürgen Klimke, Arnold Vaatz und der Fraktion der CDU/CSU

Stabilisierung der Lage in Bolivien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bolivien ist der mit Abstand wichtigste entwicklungspolitische Partner der Bundesrepublik Deutschland in Südamerika. Im Rahmen der internationalen Entschuldungsinitiative ist Bolivien einer der ersten Staaten gewesen, die den so genannten completion-point erreicht haben und entschuldet wurden. Im gleichen Zug hat auch die Bundesrepublik Deutschland Bolivien die bilateralen Schulden erlassen. Bolivien ist eines von vier Schwerpunktpartnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, das im Rahmen des Aktionsprogramms 2015 zur Halbierung der weltweiten Armut als Modellland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ausgewählt wurde.

Die politische und wirtschaftliche Krise Boliviens tangiert daher auch den Erfolg der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der Entschuldungsmaßnahmen. Die jüngste politische Krise kulminierte am 17. Oktober 2003, als Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada unter dem Druck der Öffentlichkeit seinen Rücktritt erklärt hat und der bisherige Vizepräsident Carlos Mesa als neuer Präsident Boliviens vereidigt wurde. Der neue Präsident bestellte am 19. Oktober 2003 sein neues Kabinett, das aus unabhängigen und ehemaligen Politikern besteht, die ihre Parteimitgliedschaft passiv wahrnehmen. Besonders bemerkenswert ist, dass zwei Ministerien mit Vertretern der indigenen Bevölkerung besetzt wurden und ein eigenes Ministerium für ethnische Angelegenheiten gebildet wurde. Der neue Präsident kündigte an, dass er die mögliche volle Amtszeit bis zum Jahr 2007 nicht in Anspruch nehmen werde, sondern schon früher den Weg freimachen wolle, um einen neuen Präsidenten zu wählen. Die besonders umstrittene Frage des Gasexports Boliviens, an der sich die Krise entzündet hatte, soll einem Referendum unterworfen werden. Zudem soll eine verfassungsgebende Versammlung zur Neubearbeitung der bolivianischen Verfassung einberufen werden.

Die sozialen und politischen Proteste, die in blutigen Unruhen mit über 80 Toten gipfelten und schließlich zum Sturz Gonzalo Sánchez de Lozadas geführt hatten, richteten sich insbesondere gegen die Pläne seiner Regierung, bolivianisches Erdgas über einen chilenischen Hafen nach Mexiko und in die USA zu

exportieren. Weil Bolivien den Zugang zum Meer im Krieg 1879 an Chile verloren hatte, war die Entscheidung, den Transport über Chile abzuwickeln, in der bolivianischen Bevölkerung besonders unpopulär. Die Anführer der Protestbewegung machten außerdem Befürchtungen geltend, dass die Einnahmen aus dem Erdgasgeschäft den beteiligten Konzernen, nicht aber der Bevölkerung zufließen würden, und trafen damit auf große Resonanz in der bolivianischen Öffentlichkeit.

Über den aktuellen Anlass hinaus offenbarte die Krise in Bolivien jedoch auch ein nachhaltiges Protestpotenzial, das sich aus einer weitgehenden Unzufriedenheit mit den sozialen Bedingungen im Land sowie aus einem tiefen Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Kräften des Landes speist und das sich mit der Frage der umstrittenen Gasexporte kraftvoll Bahn brach.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die neue bolivianische Regierung unter Präsident Carlos Mesa nachdrücklich bei ihren Bemühungen zu unterstützen, das Land politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren, in der Bekämpfung des illegalen Drogenanbaus fortzufahren und das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen sowie die Legitimität politischer Handlungen wiederherzustellen;
2. darauf zu drängen, dass die durch die internationalen und bilateralen Entschuldungsmaßnahmen frei gewordenen Mittel seitens der bolivianischen Regierung für die zugesagten Maßnahmen im Bereich der Armutsbekämpfung und zur Umsetzung des bolivianischen Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) eingesetzt werden;
3. darauf zu achten, dass die im Rahmen der Regierungsverhandlungen im Juni 2003 seitens Boliviens gegebenen Zusagen, künftig auch die durch die bilateralen Entschuldungsmaßnahmen Deutschlands frei gewordenen Mittel wieder für Maßnahmen der Armutsbekämpfung in den Munizipien einzusetzen, auch von der neuen bolivianischen Regierung eingehalten werden;
4. gegenüber der neuen bolivianischen Regierung darauf zu drängen, dass sie aktiv mit den im Rahmen der Umsetzung der Entschuldungsinitiative geschaffenen sozialen Kontrollmechanismen eng kooperiert und das Vorhaben einer zweiten Runde des nationalen Dialogs vorantreibt, da dies ein Beitrag zur innerbolivianischen Versöhnung und zur politischen Beteiligung der Zivilgesellschaft ist;
5. zusammen mit den europäischen und internationalen Partnern die bolivianische Regierung in ihrem Bemühen, das Projekt der Gasexporte weiterzuführen, zu unterstützen. Der Gasexport wird dem bolivianischen Staat zu einer festen und verlässlichen Einkommensquelle verhelfen. Dabei sind ausreichend Vorkehrungen zu treffen, dass die Erlöse aus den Gasexporten tatsächlich dem bolivianischen Staatshaushalt und Projekten zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Landes zufließen;
6. die Bemühungen der Zivilgesellschaft, insbesondere der Kirchen, in Bolivien zu unterstützen, die auf eine Mäßigung der politischen Konflikte und eine verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Kräfte in Bolivien hinwirken;
7. die Programme der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Modernisierung des Staatswesens und der institutionellen Reformen hinsichtlich ihrer Effizienz und ihres Erfolges zu prüfen und gegebenenfalls neu auszurichten;
8. zu prüfen, wie ein möglicher verfassungsgebender Prozess mit Rat und Tat unterstützt werden kann;

9. die Projekte zur Bekämpfung des Drogenkonsums und zur alternativen Landentwicklung zu verstärken. Dabei ist nicht nur gegenüber der bolivianischen Regierung, sondern auch gegenüber den Oppositionsgruppen und ihren politischen Führern deutlich zu machen, dass eine Fortführung der deutschen, europäischen und internationalen Hilfe für Bolivien eine verstärkte und strikte Bekämpfung des Drogenanbaus und Drogenhandels bedingt.

Berlin, den 11. November 2003

Peter Weiß (Emmendingen)
Dr. Christian Ruck
Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Ralf Brauksiepe
Albrecht Feibel
Hartwig Fischer (Göttingen)
Klaus-Jürgen Hedrich
Siegfried Helias
Bernhard Kaster
Rudolf Kraus
Conny Mayer (Baiersbronn)
Claudia Nolte
Sibylle Pfeiffer
Christa Reichard (Dresden)
Rainer Eppelmann
Norbert Geis
Dr. Egon Jüttner
Jürgen Klimke
Arnold Vaatz
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

